

Dipl.-Psych. Katharina Gutsche, M.A. Psycholinguistik und Philosophie
 Klinische Psychologie
 D-71723 Grossbottwar
 Mühlgasse 30
 Tel. 07148-7377
 15.08.2018

Wenn Approbation draufsteht, ist dann höhere Qualifikation drin?

I. Die formale Heilerlaubnis: entweder Approbation oder Staatliche Erlaubnis-Urkunde	1
II. Die Fachkenntnisse in Psychologie	2
III. Das Zustandekommen des SGB V und der Durchführungs-Richtlinien durch die Beschlüsse des GBA (Gemeinsamen Bundesausschusses)	2
IV. Das ökonomische Prinzip und ein sinnentstellender Usus	2
V. Die EU-Richtlinie 29/2005/EG zum Verbraucherschutz	3
VI. Der Geltungsbereich der EU-Richtlinie	3
VII. Im Instanzenweg – Höchste Ebene – Systemschonende Urteile	3
VIII. Ein Spezialfall	4

I. Die formale Heilerlaubnis: entweder Approbation oder Staatliche Erlaubnis-Urkunde

BEGRÜNDUNG, warum ich persönlich keine Approbation angestrebt habe:

Die Approbation sagt gar nichts über die sachlich-fachliche Qualifikation aus.

Genauso wenig wie die staatliche Erlaubnis-Urkunde des Gesundheitsamtes zum Heilpraktiker (HP).

Ein Heilpraktiker kann fachlich höher qualifiziert sein als ein Approbierter, und umgekehrt kann ein Approbierter sehr viel weniger relevantes psychologisches Fachwissen zur Berufsausübung haben als ein HP.

Dass die Krankenkassen im Raum stehen lassen, dass die Approbation eine Bedingung für die Kosten-erstattung sei, weil sie für die Versicherten angeblich einen höherwertigen Standard an fachlicher Qualifikation liefere, erfüllt den Tatbestand der Irreführung (Rechtsnorm EU Richtlinie 29/2005/EG (Verbraucherschutz)).

Fragt man nämlich Laien mit durchschnittlich gutem Informationsniveau (Lehrer), ob sie bei Approbierten die höhere Sachkenntnis vermuten, antworten sie mit Ja.

Approbation ist ihrem Inhalt nach keine fachliche Qualifikation, sondern eine der zwei staatlichen, rein formalen Heilerlaubnisse, die man in Deutschland haben muss, um einen Heilberuf ausüben zu dürfen.

II. Die Fachkenntnisse in Psychologie

Fachliche Kenntnisse in Psychologie werden in einem ordentlichen Universitätsstudium mit Abschluss Diplom-Psychologe erworben.

Die fachlichen Kenntnisse auf dem Gebiet der Psychologie werden in ECTS (European Credit Transfer System) gemessen.

Ein Diplom-Psychologe hat bei seinem Universitäts-Abschluss 240 ECTS.

Es gibt Approbierte, die per Approbation die Psychotherapie ausüben dürfen, die aber als fachliche Voraussetzung nur eine einfache Schulbildung (Haupt- oder Realschule) plus eine Lehre in einem Gesundheitsberuf und beim Abschluss nicht mehr als

35 ECTS auf dem Gebiet der Psychologie

vorweisen können. Eine Universität haben sie nie von innen gesehen.

Momentan wollen diese Berufe die Türen eindrücken zu unserem Berufsverband BDP, um sich durch die Mitgliedschaft - also durch eine reine Formalie anstatt durch eigenes Studium und Bemühen - mehr Prestige zu verschaffen. Unser Berufsverband verwehrt ihnen aber den Zutritt, weil sie keine den Diplom-Psychologen vergleichbare messbare Sachkenntnis auf dem Gebiet der Psychologie vorzuweisen haben.

III. Das Zustandekommen des SGB V und der Durchführungs-Richtlinien durch die Beschlüsse des GBA (Gemeinsamen Bundesausschusses)

Während des Gesetzgebungsverfahrens werden schon im Vorfeld die Interessendachverbände in den zuständigen Bundestags-Ausschüssen angehört.

Während dieser Anhörungsverfahren schreiben die GKVen die Gesetze quasi mit und bringen ihre erwünschten Formulierungen im Gesetzestext unter. Sie sind also aktiv an der Gesetzgebung beteiligt. So wurde durch die GKVen ihr Anliegen im Gesetzestext festgeschrieben und tatsächlich ins Gesetz übernommen, dass im Kostenerstattungsverfahren durch die GKVen nur die Therapien bei Approbierten bezahlt werden dürfen.

Es sieht also nur für die wiederum darüber nicht informierten Laien (auch für die Mitarbeiter der GKVen!) so aus, als unterständen die GKVen in ihrem Geschäftsgebaren den Gesetzen, die durch die Allgemeinheit unabhängig von den GKVen ausformuliert wurden. Die GKVen haben aber hier eine - im formal-logischen Sinne - rekursive Schleife geschaffen: Sie schreiben in der Anfangsphase aktiv ins Gesetz hinein, was sie danach in der Endphase ausführen wollen. Also haben sie das Gesetzgebungsverfahren in ihrem Interesse maßgebend beeinflusst.

IV. Das ökonomische Prinzip und ein sinnentstellender Usus

Da die niedrigeren Berufsausbildungen nur Honoraransprüche von ca. 27,00EUR für 35 ECTS geltend machen können, gegenüber den studierten Psychologen mit ca. 95,00EUR für 240 ECTS, ist es für die Krankenkassen lukrativer, vorwiegend gering qualifizierte Leistungserbringer einzusetzen, was sie derzeit in den sog. „Übergangstherapien“ fest zu etablieren versuchen.

Dieser Qualitätsunterschied bleibt aber den Versicherten verborgen.

Es verstößt gegen das Rechtsprinzip von Treu und Glauben (Rechtsnormen: BGB und EU-Richtlinie 29/2005/EG), dass der durchschnittlich informierte Laie in der Meinung belassen wird, dass der Leistungserbringer mit Approbation allgemein die bessere Qualität liefere.

Auch in unserem Berufsstand der Diplom-Psychologen sind wir verpflichtet, das ökonomische Prinzip bei unserer beruflichen Tätigkeit, z. B. hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Behandlung, zu beachten. Es gilt aber in der Wertigkeit als das am wenigsten vornehme und rangiert immer an unterster Stelle.

Die Überlegung, dass ein einziger Tag Klinikaufenthalt – je nach stationärer Einrichtung und Einzelvertrag der GKV mit der Institution – die GKVen mehr kostet als eine ganze ambulante Psychotherapie, sollte

auch in Betracht gezogen werden. Eine weitere finanzielle Erwägung für die Krankenkasse: Ein Patient ohne Psychiatrie-Erfahrung wird mit größerer Wahrscheinlichkeit wieder Beitragszahler für die Krankenkassen als einer mit.

Für den Lebenslauf eines Patienten ist die Psychiatrie-Erfahrung sehr oft das endgültige Aus, und die Patienten haben auch nur dieses eine einzige Leben, wie alle anderen Menschen auch.

Der Gesetzgeber hat im Sicherstellungsauftrag den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) und Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) gemeinsam aufgetragen, die Gesamtbevölkerung mit Psychotherapie zu versorgen. Es gibt wegen der harten Praxiswirklichkeit schon Rechtsprechung, dass nicht die Patienten suchen müssen, sondern die KVen und GKVen dem Patienten freie Plätze anbieten müssen. Bis heute ist es schlechter Usus, dass das, was die GKVen und KVen beide nicht zustande bringen - den Therapieplatz bei einem Vertragstherapeuten mit Approbation - vom Schwerkranken geleistet werden soll: einen freien Therapieplatz bei einem Approbierten zu finden.

V. Die EU-Richtlinie 29/2005/EG zum Verbraucherschutz

Die GKVen lösen die Begriffsverwirrung nicht auf und verstossen somit gegen die EU Richtlinie 29/2005/EG zum Verbraucherschutz,

in der das Transparenzgebot und das Irreführungsverbot festgeschrieben sind. Diese und noch zwölf der anderen relevanten Prinzipien müssen nicht erst im Einzelfall überprüft werden, sondern gelten generell ohne weitere Überprüfung. Es war schon immer auch eine vornehme Aufgabe der Rechtsprechung, Begriffsverwirrungen, hier um die Approbation, zu beseitigen, vor allem wenn sie zu krass unfairer Praxis gegenüber Hilfebedürftigen führen. Nebenbei: sie führen auch zu einer Wettbewerbsbenachteiligung der fachlich besser qualifizierten, aber teureren Diplom-Psychologen.

VI. Der Geltungsbereich der EU-Richtlinie

EU-Recht schlägt entgegenstehendes nationales Recht, steht also auch in Deutschland über den deutschen Gesetzen und Durchführungsverordnungen zum Verbraucherschutz. Richtlinien gelten zwar grundsätzlich nicht unmittelbar, müssen aber von den Mitgliedstaaten in entsprechendes nationales Recht umgesetzt werden. Nationales Recht wiederum ist richtlinienkonform auszulegen. Die EU-Richtlinie hat eine Ausstrahlungswirkung in alle Bereiche, in denen einzelne durchschnittlich informierte Laien einer Institution – ergo Übermacht - gegenüber stehen (Gebot der Fairness).

Die Pflicht zur Transparenz und Nicht-Irreführung haben auch die GKVen gegenüber ihren Versicherten. Die PKVen berufen sich auf ihr Recht der Freiheit der Vertragsgestaltung. Aber auch sie unterliegen in ihrem Geschäftsgebaren der EU Richtlinie 29/2005/EG zum Verbraucherschutz,

VII. Im Instanzenweg – Höchste Ebene – Systemschonende Urteile

Verfolgt ein Patient seinen Rechtsanspruch durch alle Instanzen bis zur höchsten Ebene der Rechtsprechung, so kann es ihm geschehen, dass die Oberste Ebene doch nicht nach den vorgeschriebenen Normen, gemäß den nationalen Rechtsprinzipien und in Ansehung der nationalen Rechtspyramide der Grund- und Menschenrechte für den Einzelfall entscheidet, sondern ein sogenanntes „systemschonendes“ Urteil auf nationaler Ebene fällt, in dem per se die verklagten Institutionen trotz Machtgefälle als schutzwürdiger angesehen werden als das individuelle Rechtssubjekt. Es müsste also über die Fragestellung nach Ausschöpfung des nationalen Instanzenweges mittels übernationaler Rechtsprechung entschieden werden, ob ein Versicherungsmitglied in der BRD durch seine Krankenversicherung irregeführt werden darf im Interesse des Bestandes des gesamten Systems der Gesetzlichen Krankenversicherungen.

Es sollte gerichtlich geklärt werden, ob die EU-Richtlinie auch den vorliegenden Fall der Irreführung von Patienten / Verbrauchern hinsichtlich der Qualität von approbierten Therapeuten mit nur 35 ECTS gegenüber der höherwertigen Ausbildung von Diplom-Psychologen mit 240 ECTS umfasst. Als Thema von

grundlegender Rechtsbedeutung sollte hier der Instanzenweg vollumfänglich ausgeschöpft werden – inkl. des EuGH. Auch dürfte der Berufsverband hier – in Vertretung seiner Mitglieder – eher ein Rechtsschutzbedürfnis für diese Klärung haben, weil seine Mitglieder durch die gesetzliche Regelung, dass nur die Therapien von approbierten Therapeuten (auch von Therapeuten mit nur 35 ECTS, sic!) bezahlt werden dürfen, wirtschaftliche Einbußen realistischerweise zu befürchten haben.

Das Durchhalte-vermögen für solch ein Verfahren hat kein Patient mit Depression, sei sie primär oder sekundär. Das rechtliche Gegenüber der GKVn ist immer der schwer kranke, momentan unfähige Patient/ Versicherungsnehmer. Auch haben die Rechtsschutzversicherungen kein Interesse daran, dass der Kunde obsiegt und die Frage geklärt wird, da die Krankenversicherungen des eigenen Konzerns darunter finanziell leiden könnten. Allein eine Verbandsklage könnte diese prinzipielle Fragestellung voran treiben. Bekäme der Verband Recht, würde sich das in die Fläche hinein auswirken, und viele könnten auf der Basis des Grundsatz-Urteils ihre Kosten auch bei der Behandlung durch nicht approbierte qualifizierte Diplom-Psychologen erstattet bekommen. Dies ginge finanziell wieder zu Lasten der Versicherungen (auch der privaten PKVen), so dass dieselben Gesellschaften - mit der Förderung eines Grundsatz-Urteiles durch den einen Versicherungszweig (Rechtsschutzversicherung) - die Versicherungen bis in die Zukunft hinein belasten würden, weil diese dann finanziell mit einem anderen Versicherungszweig für die Kostenerstattung oder Haftpflicht gerade zu stehen hätten. Die Rechtsschutz-versicherungen haben also kein Interesse daran, dass der Kunde obsiegt und die Frage geklärt wird.

Der in VIII auf Seite 5

angehängte Spezialfall ist beileibe kein Einzelfall. Er ist zur Illustration hier angeführt. Es gibt unzählige Diplom-Psychologen, die ebenso qualifiziert sind und zumindest einen Teil der Versorgungslücke für die Patienten im Kostenerstattungsverfahren schließen könnten.

Das abgeprüfte Wissen wird gemessen in ECTS (European Credit Transfer System).

Auch wenn ein Arzt 12 Semester studiert und zusätzlich 5 Jahre für den Facharzt investiert hat, hat er nach Erwerb des Titels Facharzt nur 396 Punkte ECTS, wogegen der Dipl.-Psych. PLUS weiterem Universitätsstudium trotzdem 420 Punkte ECTS objektiv messbares vergleichbares Wissen besitzt.

Wenn der Diplom-Psychologe nun noch dazu die Staatliche Erlaubnisurkunde hat, kann es sein, dass der sog. "Nur-Heilpraktiker" nachweislich mehr Wissen auf dem Sachgebiet hat als der Facharzt mit Approbation.

VIII. Ein Spezialfall

In meinem Fall kommt noch hinzu, dass ich zwei abgeschlossene Universitätsstudien auf dem Gebiet der Psychologie vorweisen kann.

1. Universitätsstudium Magister Artium in Linguistik und Philosophie. In beiden Hauptfächern habe ich im Hauptstudium den Schwerpunkt Psychologie gesetzt und abgeschlossen. Das bedeutet 180ECTS für je ein abgeschlossenes Fach.
2. Approbierte Psychotherapeuten müssen bis zur Prüfung praktische Erfahrung mit 9 (neun) Patienten in der Psychiatrie vorweisen.
 - a) Bereits bei Beginn meines Diplom-Psychologie-Studiums 1996 konnte ich schon zwanzig Jahre ehrenamtliche Erfahrung vorweisen (Arbeit mit Angehörigen von suchtkranken Menschen). Die Anzahl der Patienten, die ich in diesem Zeitraum gesehen und begleitet habe, ist so groß, dass ich sie nicht weiß.
 - b) Ebenfalls bei Beginn meines Psychologie-Studiums war ich schon für Krankenkassen im Rahmen der Prävention mit dem klassisch-medizinischen autogenen Training tätig. Schon während des Hauptstudiums Psychologie lehrte ich das klassisch-medizinische autogene Training an der Universität. Diese Tätigkeit übte ich dreizehn Jahre lang aus. Wieviele Studenten ich dabei betreute, kann ich heute nicht mehr feststellen. Auch universitäres Verwaltungspersonal, Dozenten und Professoren ziehen mich zu Rate, auch über meine Dienstzeit hinaus.
3. Universitätsstudium Diplom-Psychologie Klinische Psychologie, 240ECTS.
4. Verantwortung in der Ausübung der Therapie, i. e. wissenschaftlich basiertes Handeln durch psychologische Testverfahren:

Seit meiner Praxistätigkeit behandle ich keinen Patienten, Selbstzahler oder GKV, ohne ihn den wissenschaftlichen Tests - wie an der Universität gelehrt - zu unterziehen. Die Therapie stützt sich also immer auf konkrete, objektiv zahlenmäßig kommunizierbare Testergebnisse, zu Beginn, während des Verlaufs und bei der Rückfallprophylaxe am Ausgang der Therapie (Verlaufskontrolle). Kollegen mit Approbation wurden erst ab dem 01.04.2018 dazu verpflichtet, ihre Patienten mit Standardverfahren zu testen, und übten heftigen Widerstand dagegen aus, weil es beträchtliche Mehrarbeit bedeutet.

In meinen zwei Universitätsstudien habe ich außerdem ca. tausend Seiten wissenschaftliche Publikationen im universitären Kontext selbst geschrieben, also selbstständig erforscht und erarbeitet (nicht nur abgeschrieben).

Auch nach meinem Studium habe ich mich ständig weiter fortgebildet (Nachweise durch die Ärztekammer und Psychotherapeutenkammer) und bin auch schon im Rahmen der Fortbildung von Ärzten für Ärzte tätig gewesen (Arbeitskreis).

Jahrelange Berufserfahrung habe ich unter anderem als Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand auf Deutschland-Ebene erworben, also als Führungskraft in Verantwortung. Das kam mir bei der Therapie von Vorständen zustatten.

Aber dieser Fall ist kein Einzelfall.

Eine Vielzahl von fachlich mehrfach qualifizierten Diplom-Psychologen stünde den Patienten für die dringend benötigte Psychotherapie zur Verfügung, wenn die GKV das in der derzeitigen Gesetzeslage ausschöpfen und in kulantem Einzelfallentscheidungen im Kostenerstattungsverfahren zulassen. Der falsche Gebrauch des Begriffes „Approbation“ in der derzeitigen Rechtsprechung erlaubt keine Generalisierung der Handhabung im Kostenerstattungsverfahren gegenüber den Diplom-Psychologen.

Katharina Gutsche, 15.08. 2018

©Copyright Katharina Gutsche Grossbottwar 2017, 2018